



## Erste Regierungserklärung von Angela Merkel und Generalausprache im Bundestag



In dieser Sitzungswoche des Bundestages stand die Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin und eine anschließende Generalausprache auf der Tagesordnung. In ihrer Regierungserklärung hat Angela Merkel dem Deutschen Bundestag die Schwerpunkte und Leitlinien der vierten von ihr geführten Bundesregierung dargelegt. Bundeskanzlerin Merkel sagte am Mittwoch vor

dem Bundestag, ein „Weiter so“ könne es allein deshalb nicht geben, weil sich die Welt eklatant verändere. Als Ziele der Großen Koalition nannte sie unter anderem die Schaffung guter Rahmenbedingungen für Wirtschaft, Wohlstand und Beschäftigung. Großen Wert legte sie auch auf den sozialen Zusammenhalt.

Dass der Prozess der Regierungsbildung fast ein halbes Jahr gedauert hat – so lange wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik –, zeigt nach den Worten von Merkel auch, „dass sich in unserem Land offenkundig etwas verändert hat“. Der Ton der Auseinandersetzung sei rauer geworden, die Angst vor sozialer Spaltung größer. Die Bundesregierung habe daher die „übergeordnete Aufgabe, alle Diskussionen so zu führen, dass am Ende durch konkrete Entscheidungen der Zusammenhalt in unserem Land größer und nicht kleiner wird“, betonte die Kanzlerin. Als Aufgaben nannte sie in diesem Zusammenhang die Bekämpfung von Kinderarmut und Altersarmut, die Stärkung von Familien, die steuerliche Entlastung von Arbeitnehmern, Investitionen in die Pflege und die Bildung, die Sicherung der Renten und die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im ganzen Land. Merkel betonte auch das Recht auf Religionsfreiheit.

Die Aufnahme von Flüchtlingen aus den Kriegs- und Krisengebieten des Nahen Ostens, vor allem Syriens, ist laut Merkel eine „unglaubliche Bewährungsprobe für unser Land“ gewesen, die man trotz unzureichender Vorbereitung bewältigt habe. Diese „humanitäre Ausnahmesituation“ dürfe sich aber nicht wiederholen.

Zentraler Punkt für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit ist die Digitalisierung. „Was immer digitalisiert werden kann, wird digitalisiert werden“, sagte Merkel voraus. Damit dies gelinge, müsse man noch mehr in Forschung und Entwicklung investieren. Weiter stand im Mittelpunkt der Debatte auch der „Pakt für den Rechtsstaat“, die Einstellung von mehr Personal bei Polizei und Justiz. Das Recht müsse überall durchgesetzt werden können, betonte Merkel. Die Zugehörigkeit zur EU bezeichnete sie als Glücksfall für Deutschland. Nur zusammen könne man die gemeinsamen Werte und Interessen verteidigen. Dies zeige sich gerade am Handelsstreit mit den USA. Der darauffolgenden Generalausprache schließen sich von Mittwoch bis Freitag Aussprachen zu allen Ressorts an. Die neue Bundesregierung stellt hier ihre Prioritäten und wichtigsten Themen in den einzelnen Politikfeldern vor. Anschließend werden wir jeweils über die geplanten Vorhaben und Schwerpunktsetzungen debattieren. Foto: CDU/CSU-Bundestagsfraktion/Tobias Koch

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde,



in der vergangenen Woche ist die CDU-Partei-vorsitzende Dr. Angela Merkel erneut in das Amt der Bundeskanzlerin gewählt worden, das neue

Bundeskabinett wurde vereidigt.

In dieser Woche nun hat die Bundeskanzlerin in einer Regierungserklärung dem Deutschen Bundestag die Schwerpunkte und Leitlinien der vierten von ihr geführten Bundesregierung dargelegt.

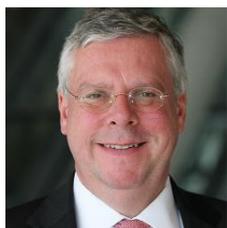
Die Flüchtlingskrise und ihre Bewältigung habe das Land laut Merkel „tief gespalten“ und die Probleme in der Gesellschaft wie unter einem „Brennglas“ zum Vorschein gebracht. Daher begrüße ich es sehr, dass die Kanzlerin die „Überwindung der Spaltung“ zu einer der Prioritäten der neuen Bundesregierung erklärt hat. Gerechtigkeit und Zusammenhalt in unserer Gesellschaft müssen die Kernziele unserer Politik in den kommenden Jahren sein. Nur so entziehen wir politischen Unruhestiftern und nationalkonservativen Populisten den Nährboden. Nur so verhindern wir, dass der Keil noch tiefer in die Gesellschaft getrieben wird. Die Familie wird von Merkel zu Recht als Keimzelle des Zusammenhalts angesehen. Deshalb ist es richtig und wichtig, an dieser Stelle anzusetzen und die Familien stärker finanziell zu entlasten, die Kinderbetreuung zu verbessern und mehr Zeit für Familie zu ermöglichen.

Die Europäische Union bezeichnete Merkel als Glücksfall für Deutschland und griff in ihrer Rede ein Zitat unseres Bundestagspräsidenten auf. Europa sei „die beste Idee gewesen, die wir Europäer im 20. Jahrhundert hatten“, so Wolfgang Schäuble im Jahr 2017. Dem kann ich nur zustimmen. Ob aktuell in Bezug auf den mutmaßlichen Nervengiftanschlag Russlands oder den drohenden Handelskrieg mit den USA: Unsere Zukunft liegt im Zusammenhalt Europas und nicht im Nationalismus. Nur gemeinsam können wir Europäer unsere Interessen verteidigen und unseren Wohlstand sichern. Dessen müssen sich alle Beteiligten bewusst sein!

Ich wünsche Ihnen weiterhin eine interessante Lektüre des Newsletters und ein erholsames Wochenende.

Ihr

Reinhold Sendker MdB



## Xi Jinping muss Reformen entschieden vorantreiben

Weitere Öffnung der chinesischen Wirtschaft bleibt oberste Priorität

**Der chinesische Staatspräsident Xi Jinping wurde am letzten Samstag in seinem Amt bestätigt. Am Sonntag erfolgte ein Umbau der Führungsriege Chinas. Hierzu erklärt der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Hardt MdB:**

„Mit seiner Wiederwahl und der Aussicht auf weitere Amtszeiten trägt Xi Jinping eine noch größere Verantwortung für die erfolgreiche Modernisierung und weitere Entwicklung Chinas. China bleibt ein ganz wichtiger Partner für uns. Wir wollen die umfassende Partnerschaft weiter ausbauen und gemeinsam dafür eintreten, dass das internationale Ordnungssystem aufrechterhalten wird. Dies gilt in besonderer Weise für den internationalen Freihandel. Die europäische und die chinesische Wirtschaft haben von den klaren und verbindlichen Regeln der WTO profitiert. Es muss unser gemeinsames Interesse sein, dieses Regelwerk zu festigen.

Zugleich betrachtet die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit Sorge, dass der Zugang für ausländische Unternehmen zum chinesischen Markt immer schwieriger wird und die Hürden immer höher werden. Dies trifft nicht nur die exportorientierte deutsche Wirtschaft. Langfristig hemmt dies auch die Möglichkeiten Chinas, seine Wirtschaft durch Innovationen zu modernisieren und Arbeitsplätze mit hoher Wertschöpfung zu schaffen. Hier erwarten wir für die kommenden Regierungsjahre Xi Jinpings deutliche Schritte zur Öffnung.

Auch die Menschenrechte bleiben ein wichtiges Thema in den Gesprächen mit China. China hat in den vergangenen Jahrzehnten enorme Fortschritte gemacht, Millionen von Menschen aus der Armut zu führen. Dies ist eine Leistung. Dennoch treten wir Vorstößen entgegen, im UN-Kontext den Schutz individueller Menschenrechte zu relativieren. Als ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat spielt China bei der Beilegung internationaler Krisen und Konflikte eine ganz wichtige Rolle. Wir sind bereit, mit China noch intensiver zur Lösung der drängenden Krisen wie in Syrien, Jemen oder Nordkorea zusammenzuarbeiten. Zugleich erwarten wir, dass China die aus seinem Einfluss erwachsene Verantwortung übernimmt. Mit Blick auf die Streitigkeiten in der Region muss gelten, dass bilaterale Streitigkeiten stets auf der Grundlage völkerrechtlicher Regeln zu lösen sind.“

*Foto: Katja-Julia Fischer*

## Tierschutz beim Transport sicherstellen

Union will Schlachtiertransporte beenden

Exporte von Tieren zur Schlachtung in Nicht-EU-Länder lehnt die Unionsfraktion ab. Solange die Einhaltung von Tierschutzstandards nicht gewährleistet werden kann, sind solche Transporte nicht zu verantworten und inakzeptabel. In Deutschland werden deshalb bereits seit Jahren keine Exporte von Schlachtieren mehr unterstützt.

Gemeinsam mit der Bundesregierung setzt sich die Unionsfraktion auf europäischer Ebene für ein Ende von Schlachtiertransporten in Drittländer ein. Nationale Verbote sind dagegen europarechtlich nicht möglich und zudem wirkungslos, da sie über Exporte aus anderen Mitgliedstaaten leicht umgangen werden können. Einem Vorschlag der Koalition folgend, wird sich der Agrarausschuss in einem Fachgespräch noch einmal intensiv mit den Transporten von Schlachtieren befassen.

## Renten steigen auch 2018

Gute wirtschaftliche Lage gibt Spielraum

Gute Nachrichten für Rentner: 2018 steigen die Renten im Westen um 3,2 Prozent und im Osten um 3,4 Prozent. Grund ist die gute wirtschaftliche Entwicklung.

Wie in den letzten Jahren auch, steigen die Renten kräftig: 3,2 Prozent Erhöhung erwartet die Menschen in den alten Bundesländern, 3,4 Prozent Steigerung sind es in den neuen Ländern. Beide Werte liegen über der voraussichtlichen Inflationsrate, so dass die Kaufkraft der Rentnerinnen und Rentner in Deutschland erneut spürbar zunehmen wird.

Im Koalitionsvertrag wurden weitere Verbesserungen unter anderem bei der Mütterrente und Erwerbsminderungsrente vereinbart, für deren rasche Umsetzung sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit Nachdruck einsetzen wird. Außerdem wird die neue Bundesregierung eine Rentenkommission einrichten, um die Rente zukunftsgerecht auszugestalten. Vorschläge dazu werden demnächst dem Bundestag unterbreitet.

### Impressum:

Ausgabe Nr. 06/2018,  
22. März 2018

**Landesgruppe NRW**  
der  
CDU/CSU-Fraktion im  
Deutschen Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel.: 030/ 227-58956  
Fax: 030/ 227-76421

Email:  
[fabian.bleck@cducsu.de](mailto:fabian.bleck@cducsu.de)  
**Redaktion/ V.i.S.d.P.:**  
Karl-Heinz Aufmuth,  
Fabian Bleck